

Terror: Rätsel um deutschen Islamisten aus dem Saarland

Breiningen angeblich tot

ISTANBUL/WIESBADEN. Der deutsche Islamist Eric Breiningen soll von pakistanischen Soldaten getötet worden sein. Das meldeten islamistische Websites. Von unabhängiger Seite konnte dies jedoch zunächst nicht bestätigt werden. Im Bundeskriminalamt (BKA) hieß es gestern lediglich, die Nachricht sei im Haus bekannt und werde geprüft. Gegen Breiningen, dessen Fahndungsfoto monatlang an allen deutschen Flughäfen hing, liegt ein internationaler Haftbefehl vor. Im Auftrag der Bundesanwaltschaft ermittelt das BKA gegen ihn wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Nach Angaben der Islamisten starb Breiningen, der sich den Kampfnamen „Abdulgaffar der Deutsche“ gegeben hatte, am vergangenen Freitag gemeinsam mit einem türkischen Extremisten und zwei „usbekischen Brüdern“. Der Türke der den Kampfnamen „Selahaddin Türkü“ trug und sich ebenso wie Breiningen der Islamischen Dschihad-Union (IJU) angeschlossen haben soll, hatte eine Website militanter Islamisten geleitet. Die Islamische Dschihad-Union hat ihre Wurzeln in Usbekistan.

Breiningen, der Kontakt zu den sogenannten Sauerland-Attentätern hatte, war in den vergangenen zwei Jahren in mehreren Terroristen-Videos aufgetaucht. Darin hatte er gesagt, Deutschland müsse wegen des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr mit Anschlägen rechnen. In einem Video vom Oktober 2008 hatte der junge Mann erklärt: „Ich befinde mich in Afghanistan und plane persönlich meinen Anschlag gegen die Bundesrepublik Deutschland.“

2007 zum Islam konvertiert

Der 22-jährige war nach Erkenntnissen der Behörden Anfang 2007 zum Islam konvertiert. Er war im September 2007 über Ägypten nach Pakistan in die Ausbildungslager der Islamischen Dschihad-Union gerückt. Seit 2008 war er als Dschihad-Kämpfer aufgetreten und hatte deutsche Muslime aufgerufen, sich dem Heiligen Krieg anzuschließen. *dpa*



Eric Breiningen hatte Deutschland mit Anschlägen gedroht. *BLD-DPA*

Schreiber-Prozess

Staatsanwalt fordert neuneinhalb Jahre

AUGSBURG. Im Prozess gegen Karlheinz Schreiber (76) hat die Staatsanwaltschaft eine unerwartet hohe Haftstrafe gefordert: Der frühere Waffenlobbyist soll wegen Steuerhinterziehung in sechs besonders schweren Fällen und wegen Vorteilsbegünstigung für neuneinhalb Jahre ins Gefängnis. Die Verteidigung beantragte gestern vor dem Landgericht Augsburg Freispruch. Schreiber sei vorsätzliche Steuerhinterziehung und Vorteilsbegünstigung nicht anzulasten. Das Urteil soll am Mittwoch gesprochen werden.

Für den Staatsanwalt Marcus Paintinger ist erwiesen, dass Schreiber von 1988 bis 1993 mehr als 7,3 Millionen Euro Steuern hinterzogen habe. Er sei der wirtschaftlich Berechtigter für Scheinfirmen und ein System von Tarnkonten gewesen. Darüber habe er 64,7 Millionen Mark (etwa 33 Millionen Euro) Provisionen für Flugzeug- und Panzergeschäfte erhalten und nicht versteuert. Schreiber habe eine „besondere Maßlosigkeit“ an den Tag gelegt, so Paintinger. *dpa*

Forschung: Wissenschaftler der Universität Mannheim untersuchen, warum der Bürger Neuerungen scheut

Reformen – unbeliebt und gefürchtet

Von unserem Redaktionsmitglied Ruth Weinkopf

MANNHEIM. Die Steuererklärung sollte auf einen Bierdeckel passen, die Zahl der Arbeitslosen nachhaltig gesenkt werden und Gesundheits- sowie Rentensystem auch einer überalternden Gesellschaft standhalten. Seit Jahren wird versucht, die wichtigsten Bereiche unseres Lebens zu reformieren. Die Umsetzung geht allerdings meist schief – siehe Gesundheit oder Steuern. „Der Bürger will keine Reformen, weil er für sich selbst nur Nachteile sieht“, sagt Hans-Peter Grüner, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Mannheim und Mitbegründer des Sonderforschungsbereichs „Politische Ökonomie von Reformen“.

Meist nur Belastung registriert

Seit Anfang des Jahres untersuchen Volkswirte und Politologen der Schlossuniversität, was für Erfolg oder Scheitern von Reformen entscheidend ist. Weit vorne im Fokus stehen Finanzierbarkeit und Umverteilungsmechanismen. Beide Aspekte sorgen über tatsächliche oder gefühlte Ungerechtigkeiten für massiven Widerstand gegen Änderungen des Status quo. Reformen, die vom Bürger nur als zusätzliche Belastung wahrgenommen werden, können schiefliegen, meint Grüner. Vor allem die Arbeitsmarktreform, die Deutschland international wettbewerbsfähiger gemacht und die Zahl der Langzeitarbeitslosen gesenkt hat, war beim Bürger durchgefallen – als Reform zum alleinigen Nutzen der Unternehmen und ihrer Anteilseigner. Wer beispielsweise den Kündigungsschutz erfolgreich abschaffen wollte, müsse gleichzeitig dafür sorgen, dass Menschen schneller in neue Jobs vermittelt werden können, meint der Wissenschaftler. Der Strommarkt wurde seiner Ansicht nach sogar „dümmlich liberalisiert“. Der Kunde merke keinerlei Vorteil, sondern fühle sich lediglich in den Fängen der vier großen Energieerzeuger.

Sonderforschungsbereich

■ Politologen und Ökonomen der Universität Mannheim erforschen die „Politische Ökonomie von Reformen“. Der Sonderforschungsbereich wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bewilligt.

■ Das Projekt mit rund 40 Mitarbeitern ist zunächst auf vier Jahre angelegt, dann wird Bilanz gezogen. Initiator Thomas König hält weitere acht Jahre für möglich.

■ Befragt werden über 100 000 Bürger zu Reformen.

■ Das Projekt der Uni Mannheim ist einer der wenigen Sonderforschungsbereiche für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der Löwenanteil der Fördermittel fließt laut König in die Naturwissenschaften. *rw*

Das Zauberwort heißt – salopp gesprochen – Zuckerbrot und Peitsche. „Paketlösungen“ können Reformen zum Erfolg führen, meint Grüner. Die Politik müsse den Menschen nicht nur nehmen, sondern auch geben. Beispiel Arbeitsmarkt: Reformen, die sinkende Löhne und Gehälter löstren, müssten von einer veränderten Besteuerung der Einkommen oder Kapitalerträge flankiert werden, die finanzielle Belastungen verringern. Fordern Arbeitgeber Entlastung bei den Sozialbeiträgen, müssten die Dachverbände der Wirtschaft sofort gefragt werden. „Und was bringt ihr dafür?“

Wenig systematisches Wissen

„Bisher existiert wenig systematisches Wissen über Erfolg oder Misserfolg von Reformen“, konstatiert Thomas König, Initiator und Sprecher des Forschungsprojekts. Der Politologe geht davon aus, dass dem Bürger vor allem die langfristige Wirkung von Reformen verständlich gemacht werden muss. Die Menschen hätten ein sehr gutes Gespür dafür, was geht und was nicht. Deshalb will



Die Idee zur Einkommensteuererklärung auf einem Bierdeckel hatte 2003 der damalige Vizefraktionschef der CDU im Bundestag, Friedrich Merz. *BLD-DPA*

das Forscherteam von über 100 000 Befragten vor allem eines wissen: Was wären die Alternativen zu Gesundheits-, Steuer-, Renten- oder Arbeitsmarktreform? „Uns interessiert nicht so sehr, ob die Menschen eine Reform gut oder schlecht finden, sondern ihr Gegenanschlag“, sagt König – der allerdings oft unrealistisch, weil nicht finanzierbar sei. Eine der erfolgreichsten Reformen der letzten Zeit ist für den Wissenschaftler die Föderalismusreform II, mit der die finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern modernisiert wurden. Vor allem hätte niemand geglaubt, dass dieses Projekt verabschiedet würde. Mit den größten Reformbedarf sieht er in der Bildung.

Dem Vorstoß, der politischen Ökonomie von Reformen auf den Zahn zu fühlen, war die Frage vorausgegangen, warum eine Flut von Reformvorschlagen weder bei Politikern noch in der Bevölkerung ein offenes Ohr findet. Jährlich werden der Regierung Tausende von Seiten mit guten Vorschlägen in die Hand gedrückt: von den Weis Füssen, den zehn Wirtschaftsforschungsinstituten, einzelnen Ökonomen – um dann in vielen Fällen in der Schublade zu verschwinden. Erfolgreich kann die politische Beratung nur sein, wenn die Verteilungswirkung von Reformen genau geprüft wird, glaubt Grüner. Denn kaum jemand werde Änderungen ablehnen, die seine eigene Situation verbessern.

Demonstrationen: Staatsanwaltschaft sieht Anfangsverdacht eines strafbaren Verhaltens / Kritik von Innenminister und Polizei

Thierse nach Sitzblockade heftig unter Beschuss

BERLIN. Nach der Sitzblockade von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD/Bünd) gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten prüft die Berliner Staatsanwaltschaft den Anfangsverdacht eines strafbaren Verhaltens. Die Prüfung sei von den Ermittlungsbehörden selbst eingeleitet worden, sagte Staatsanwaltsprecher Martin Steltner. In Betracht kämen Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und Nötigung.

Die Bewertung sei aber schwierig. Fast wenn sich der Anfangsverdacht einer strafbaren Handlung bestätigte, käme ein Ermittlungsverfahren infrage. Zuvor müsse aber die Immunität des Bundestagsabgeordneten aufgehoben werden. Thierse verteidigte gestern seine Sitzblockade. „Unser Protest war



friedlich, fröhlich und gewaltfrei“, schrieb der SPD-Politiker auf seiner Website. Nach mehrfacher Aufforderung und einem Gespräch mit einem Einsatzleiter der Polizei habe er mit dessen Hilfe widerstandslos die Fahrbahn verlassen. „Denn unser Protest richtete sich nicht gegen die Polizei, sondern gegen die Nazis.“ Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) war Thierse „Arroganz gegenüber dem Staat“ vor. Der

„Leipziger Volkszeitung“ sagte er: „Der Herr Thierse wollte, glaube ich, erneut mal wieder öffentliche Beachtung haben. Aber das hat Kosten der Polizei – das geht nicht.“ Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) sprach gestern von Nötigung. „Aber viel schlimmer ist, dass jemand, der ein so hohes Staatsamt bekleidet, öffentlich Rechtsbruch zelebriert“, sagte der Vorsitzende Rainer Wendt. *dpa*

Umwelt: Thad Allen, der schon die Krise nach dem Hurrikan „Katrina“ gemanagt hat, steht bei der Ölpest am Golf von Mexiko vor der Herausforderung seines Lebens

Ein Held soll Obamas Ansehen retten

Von unserem Korrespondenten Joachim Rogge

Allen ist ein Held in der leidgeprüften Region. Als Hurrikan „Katrina“ vor fünf Jahren den Südstaat Louisiana verwüstete, über 1000 Menschen starben und Zehntausende obdachlos wurden, organisierte der Admiral auf eigene Faust an den komplett überforderten Bundesbehörden vorbei die erste wirksame Nothilfe, um das größte Leid zu lindern. Eine knappe Woche später übertrug der ebenfalls völlig überforderte Direktor der Bundesbehörde für Katastrophenhilfe, ein früherer Wahlkampfmanager Bushs, dem schmauchbärtigen Admiral dann auch tatsächlich die Gesamtverantwortung für die Hilfe nach „Katrina“.



Im Chaos nach dem Hurrikan „Katrina“ ergriff Thad Allen die Initiative. *BLD-DPA*

Dass US-Präsident Barack Obama angesichts der drohenden unerhlichen Katastrophe für das Mississippi-Delta und die Küsten der angrenzenden Golf-Staaten auf den bewährten Krisenmanager zurückgreift, wird vor Ort als gutes Zeichen gewertet, dass Washington die armen Südstaaten in dieser Notlage nicht hängen lässt. Ganz nebenbei soll Allen auch dafür sorgen, dass sein Chef im Weißen Haus nicht ein ähnliches Schicksal erleidet wie Amtsvorgänger George W. Bush. Nichts, nicht einmal der Irakkrieg, hatte Bushs Ansehen mehr ramponiert als das mangelhafte Krisenmanagement nach „Katrina“. Auch Obama muss längere fürchten, dass die Kritik am zögerlichen Krisenmanagement nach dem Untergang der Ölplattform „Deepwater

IN KÜRZE

Bistum weist Kritik zurück
PASSAU. Das Passauer Bistum hat die Kritik an einem kostspielig sanierten Altersruhezitz für Bischof Wilhelm Schraml zurückgewiesen. Dass das zweite Obergeschoss der Bischoflichen Administration in Alttötting, in das Schraml später einzögen könnte, für eine halbe Million Euro modernisiert werden soll, sei vertretbar, so Bistumssprecher Wolfgang Duschl. „Dies ist für Bauten im denkmalschutzrechtlichen Bereich nicht unverhältnismäßig.“ Der „Spiegel“ hatte berichtet, dass der 74-Jährige wegen des Altersruhezitzes bei den Gläubigen in die Kritik gerate. *dpa*

Eklat um Ahmadinedschad
NEW YORK. Überschattet von einem Eklat um den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad hat in New York die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperververtrag begonnen. Delegierte vor allem aus europäischen Ländern verließen den großen Plenarsaal der Vereinten Nationen in New York, als Ahmadinedschad die USA und Israel scharf angriff. Den Sperrverbot nannte er „schwach und ungerecht“. *dpa*

Terrorist schuldig gesprochen
NEU DELHI. Verurteilt wegen Mordes, Verschönerung und Kriegsführung gegen Indien“. Knapp eineinhalb Jahre nach der Terrorserie von Mumbai hat ein Sondergericht in der westindischen Stadt den einzigen überlebenden Angreifer in allen 86 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Das Strafmaß für den Pakistaner Ajmal Kasab – lebenslange Haft oder Todesstrafe – wird in den kommenden Tagen verkündet. *dpa*

AUFGELESEN

Zauberkraft für die britischen Liberaldemokraten: Die Partei hat kurz vor der Wahl Unterstützung von Prominenten bekommen – darunter auch von „Harry-Potter“-Star Daniel Radcliffe. Auch Schauspieler Colin Firth („Bridget Jones“, „A Single Man“), der Evolutionsbiologe Richard Dawkins und die Aktivistin Bianca Jagger stehen hinter den „Lib Dems“, der bisher nur drittstärksten Partei. *dpa*

Fahndung nach Autobomber
NEW YORK. Nach dem fehlgeschlagenen Bombenattentat am New Yorker Times Square fahnden die Ermittler nach einem etwa 40 Jahre alten weißen Mann. Die Polizei veröffentlichte ein Video des mutmaßlichen Autobombers und hofft, ihm mit Hilfe der Bevölkerung auf die Spur zu kommen. Nicht bewahrheitet haben sich offenbar erste Hinweise, dass eine Terrororganisation hinter dem Anschlag stecken könnte. *dpa*

Öko-Förderung gestoppt
BERLIN. Keine Förderung mehr für Solarheizungen, Pellet-Öfen, neue Wärmepumpen in Altbauten: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat wegen der drastischen Schulden im Haushalt das erfolgreiche Förderprogramm für mehr Öko-Energien beim Heizen vorerst gestoppt. Die Haushaltssperre umfasst 115 Millionen Euro, hat aber Auswirkungen auf Millionen Investitionen der Branche. *dpa*